

«Ich will, dass es vorwärts geht»

Der Ausbau der klimaneutralen Energieproduktion kommt nur schleppend voran. Dies soll sich jetzt ändern.

Interview: Hans Peter Putzi

Dieser Tage wurde in der breiten Öffentlichkeit bekannt, dass in der Schweiz ab 2025 eine Stromlücke drohen könnte. Zu dieser Erkenntnis gelangte die Eidgenössische Elektrizitätskommission. SP-Bundesrätin und Energieministerin Simonetta Sommaruga verbrachte die letzten zwei Tage in Arosa an der Sitzung der ständerätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Auf dem Heimweg nach Bern machte sie am Freitagmittag einen Zwischenhalt im Medienhaus.

Frau Bundesrätin, was ist in Arosa hübscher als ein Grillabend am Eichholz-Strand in Ihrer Wohngemeinde Köniz?
Das Bärenland und die Informationen dazu sind sehr eindrücklich. Geschlafen habe ich zudem wunderbar in der fantastischen Bergluft (lacht).

Diese Woche machte ein möglicher Strom-Blackout ab 2025 in den Wintermonaten die Runde. Dies, falls kein Stromabkommen mit der EU abgeschlossen werden kann. Wie beurteilen Sie dieses Risiko?
Die Studie, die jetzt diskutiert wird, geht vom Worst Case aus: Zwei Schweizer AKW fallen Ende Winter aus, ein Drittel der französischen Atomkraftwerke liefert nicht mehr. In diesem Szenario kann der Strom knapp werden. Aber grundsätzlich ist unsere Stromversorgung sicher.

Wie reagieren Sie darauf?
Versorgungssicherheit hat für mich oberste Priorität, seit ich im Uvek (Departement für Umwelt-, Verkehr-, Energie- und Kommunikation, die Red.) bin. Zu meinem Start im Uvek habe ich darum umgehend Massnahmen aufgegleist, mit denen die Sicherheit erhöht und die erneuerbaren Energien gefördert werden. Im Juni hat der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zum Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien überwiesen. Diese Vorlage sieht unter anderem die Schaffung eines Strompflichtlagers vor, um Mangellagen zu verhindern. So ein Pflichtlager ist rasch, einfach und günstig zu realisieren: Wir



Höhere Investitionen in der Schweiz: Energieministerin Simonetta Sommaruga nimmt Kantone und Gemeinden in die Pflicht. Bild Olivia Aebli-Item

müssen Wasser in Stauseen zurückbehalten und die Unternehmen dafür entschädigen. Zudem will ich mehr Geld für die Speicherwasserkraft.

Sieht dieses Gesetz auch beschleunigte Bewilligungsverfahren für den Zubau von erneuerbarer Energie vor?
Wie der Name des Gesetzes sagt, beinhaltet es die Versorgungssicherheit und den Ausbau der erneuerbaren Energie. Dies erhöht die Planungssicherheit für die Energieunternehmen. Beim Ausbau der Erneuerbaren war das Tempo in der Schweiz in den letzten zehn Jahren wirklich zu tief. Mit einer Vorlage zur Beschleunigung der Verfahren komme ich im Januar.

Die Energiebranche fordert mutige Entscheide zur Förderung der einheimischen Stromproduktion.
Die Stromversorgung zu sichern und die Energiewende voranzubringen, ist keine Frage des Mutes, sondern der Verantwortung, es ist eine zentrale Aufgabe für unser Land. Die Schwerpunkte wurden in den letzten Jahren nicht immer am richtigen Ort gesetzt. Investitionen im Ausland mögen für unsere Energieunternehmen wirtschaftlich interessant sein. Wir müssen aber die Stromversorgung in der Schweiz sicherstellen.

«Vorlage zur Beschleunigung der Verfahren kommt im Januar.»

Wann ist mit der Umsetzung des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung zu rechnen?
Es wäre natürlich wünschenswert, dass das Parlament das Gesetz zügig behandelt. Dann könnte es schon bald in Kraft sein, und damit hätten wir schon ab Mitte der Zwanzigerjahre mit unseren Pflichtlagern eine strategische Notreserve für Stromengpässe im Winter. Zudem hätten wir mehr Geld für die Produktion von Winterstrom.

Ein Appell ans Parlament, Tempo zu machen?
Durchaus. Ein weiterer Appell geht an die Schweizer Stromwirtschaft. Ich wiederhole mich: Der im Ausland produzierte Strom trägt nichts dazu bei, die Stromversorgung in der Schweiz zu sichern. Mit dem neuen Gesetz schaffen wir für die Branche sehr attraktive Bedingungen.

Die Begründung für die Investitionen im Ausland sind stets ähnlich: vereinfachte Verfahren, höhere finanzielle Förderung und damit eine bessere Wirtschaftlichkeit.

Die Unternehmen gehören zu einem ganz grossen Teil den Kantonen und den Gemeinden, also der Bevölkerung. Es muss auch im Interesse von Kantonen und Gemeinden sein, Verantwortung zu übernehmen und die Stromversorgung sicherzustellen. Nur weil eine Investition im Ausland vielleicht etwas besser rentiert und ein paar Franken mehr abwirft, ist das doch kein Grund, im Ausland statt in der Schweiz zu investieren. Es braucht jetzt Investitionen in der Schweiz. Andere Aufgaben wie die polizeiliche Sicherheit sind auch nicht kostenlos erhältlich. Beim Strom ist das gleich: Versorgungssicherheit ist nicht gratis.

Seit Juli werden von der EU keine Schweizer Herkunftsnachweise für den Strom mehr akzeptiert. Dies begünstigt Investitionen von Schweizer Unternehmen im Ausland zusätzlich.
Zentral für uns ist derzeit die Sicherung der Stromproduktion im Inland, nicht der Export. Mit Wasser, Sonne und deren Kombination haben wir grosse Ressourcen. Wir müssen sie nur nutzen.

Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung hat diese Tage Sparappelle an die Bevölkerung und Unternehmen für den Fall einer Strommangellage gerichtet. Solche Appelle helfen kaum, weil der Strombedarf weitersteigen wird.
Vorsorge ist wichtig. Es besteht aber kein Grund für falsche Panik. Wir müssen jetzt den im Uvek angestossenen Weg mit Pflichtlagern, neuen Speicherkraftwerken und dem Ausbau der Erneuerbaren gehen und die Verfahren beschleunigen. Ich sehe zum Glück in der Energiebranche und beim Umweltschutz die Bereitschaft, sich anzunähern.

In der Schweiz hätte es grundsätzlich genug Flächen, um den nötigen Zubau

alleine mit Fotovoltaik zu verwirklichen.

Niemand will den Zubau nur mit der Fotovoltaik erreichen. Der Bundesrat setzt auch auf die Wasserkraft oder die Windenergie. Das Potenzial der Sonnenenergie ist aber in der Tat gross und die Technologie umweltfreundlich. Doch die Möglichkeiten wurden in den letzten zehn Jahren schlicht zu wenig genutzt.

Aus Ihren Worten ist ein gewisser Ärger über die Situation zu entnehmen.

Wir müssen mehr darüber reden, was möglich ist, statt darüber zu lamentieren, was angeblich nicht geht. Die Bevölkerung erwartet rasche Lösungen von uns, von der Branche und der Politik.

Die Bevölkerung erwartet auch von den Umweltschutzverbänden ein Entgegenkommen. Umweltschutz ist wichtig, aber das Verbandsbeschwerderecht wird manchmal missbraucht.
Wichtig ist, dass die Bewilligungsverfahren eines Projekts zusammengelegt und schneller als heute durchgeführt werden können. Das soll künftig Standard sein. Ich erwarte aber von allen Seiten, dass sie sich bewegen, auch vom Umweltschutz. Das Verbandsbeschwerderecht braucht es aber weiterhin.

Noch ein paar Worte zu den auf Eis gelegten Wasserkraft-Projekten in Graubünden. Wie wichtig sind die Projekte Chlus, Lago Bianco und Miralago?
Ich weise die zuständigen Behörden in meinem Departement stets an, rasch vorwärtszumachen bei der Behandlung solcher Dossiers.

Das Tempo dieser Behörden sei nicht extrem hoch, ist aus der Branche zu vernehmen.
Oftmals sind es Einsparungen, die für jahrelange Verzögerungen sorgen. Wenn ich Einfluss nehmen kann, machen wir rasch vorwärts. Wenn es Beispiele von unnötigen Verzögerungen im Uvek gibt, soll man mir das melden. Ich werde diesen Fällen nachgehen, weil ich will, dass es vorwärts geht.



Zu Besuch in Arosa: Bundesrätin Simonetta Sommaruga besichtigt das Bärenland mit Mitgliedern der ständerätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Im Bild rechts unterhält sie sich mit Ständerat Martin Schmid (links) und Regierungsrat Mario Cavigelli.

